

Johann-Adolf Cohausz

„DIE EVP WURDE ALS FAMILIE
BETRACHTET. DIE EDU WAR
DAGEGEN IMMER EINE
ARBEITSGEMEINSCHAFT“



Johann-Adolf Cohausz, geboren am 22. April 1947, 1968–1969 Studium der Philologie, Geschichte und slawischen Sprachen, 1969–1973 Studium der Rechtswissenschaften, 1973 Erstes und 1977 Zweites Juristisches Staatsexamen, 1977–1978 wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld, 1978–1980 in der Europäischen Menschenrechtskommission tätig, 1980 Eintritt in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland, 1983–1986 Arbeit in der Deutschen Botschaft in Kamerun, 1990–1992 Leiter des Büros des Koordinators für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1993–1998 Leiter des BAB der CDU, Mitglied des Vorstands der EVP, 2009–2012 Regierungssprecher des Freistaates Sachsen.

Das Interview fand im November 2012 schriftlich mittels eines Fragebogens statt.

Können Sie uns bitte etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Schulzeit sagen?

1947 wurde ich geboren, also nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Ich war das erste und einzige „Friedenskind“ der Familie. Meine fünf älteren Geschwister waren während der NS-Zeit oder im Krieg zur Welt gekommen. Mein Elternhaus wurzelte tief und fest im römisch-katholischen Glauben. Der Begriff „wert-konservativ“ ist so zutreffend wie der Hinweis auf die Region: Westfalen und das Münsterland. Aber auch Weltoffenheit und eine angeborene Neugier, die Verantwortung für den Nachbarn, den Mitmenschen waren meinen Geschwistern und mir an-erzogen und galten als selbstverständlich. Meine Großmutter väterlicherseits stammte aus New York. Schon allein durch Herkunft und

Erziehung wurde mit ihr der Horizont erweitert. Sie hatte einen deutschen, damals „muss-preußischen“ Richter geheiratet. Die Muttersprache meines 1897 geborenen Vaters und seiner Schwestern war Englisch. Mein Vater wusste von den Spannungen in der Familie zu berichten, als man im Ersten Weltkrieg – nach Eintritt der USA in den Krieg – nicht mehr die „Sprache des Feindes“, die zugleich seine Muttersprache war, nutzen durfte. Familiengeschichte war von Kindesbeinen an Thema und trug ganz wesentlich zu meiner Verortung der Welt bei.

Politisch gehörte meine Familie immer zum Zentrum. Namen wie jener der Familie Hüffer⁵¹⁶ und des Prälaten Ludwig Kaas,⁵¹⁷ des Geschlechts der von Mallinckrodt's,⁵¹⁸ von Ludwig Windthorst⁵¹⁹ und von Adam Stegerwald⁵²⁰ waren in unserem Haus ebenso Teil abendlicher Tischgespräche wie die Begriffe „Kulturkampf“ und „Reichsdeputationshauptschluss“, ein Begriff übrigens, den ich als Jugendlicher mit einer gewissen Faszination im Geschichtsunterricht immer wieder zu platzieren wusste, ohne seine Bedeutung wirklich erfasst zu haben. Das kam erst später. Eine weitere, die Familie zentral prägende Erfahrung war 1936 die Entlassung meines Vaters aus dem öffentlichen Dienst. Er war damals Stadtsyndikus in Paderborn. Mit drei Kindern und ohne Einkünfte wurde ihm vom erzbischöflichen Stuhl in Paderborn eine Stelle als wissenschaftliche Hilfskraft in der Bibliothek angeboten. Damit konnte er den Lebensunterhalt der Familie sichern. Diese Erfahrung prägte ihn und seine Erzählungen prägten uns Kinder.

Das Ahlener Programm war für uns die zentrale Aussage der Union, der politischen Heimat, der wir uns verbunden fühlten. Dass Adenauer von diesem Programm mehr und mehr abrückte, wurde mit Missfallen zur Kenntnis genommen. Namen wie Heinrich Brüning⁵²¹ oder Friedrich

516 | *Die Hüffers sind eine in Münster beheimatete Familie. Zu den bekannten Familiensprossen zählt etwa Johann Hermann Hüffer (1784–1855), Verleger und Politiker.*

517 | *Ludwig Kaas (1881–1952), deutscher katholischer Theologe und Politiker der Zentrumspartei.*

518 | *Die von Mallinckrodt's sind ein westfälisches Adelsgeschlecht.*

519 | *Ludwig Windthorst (1812–1891), deutscher katholischer Politiker, einer der Begründer der Zentrumspartei.*

520 | *Adam Stegerwald (1874–1945), deutscher Politiker der Zentrumspartei und christlicher Gewerkschaftler, 1945 maßgeblich an der Gründung der CSU beteiligt.*

521 | *Heinrich Brüning (1885–1970), deutscher Politiker der Zentrumspartei, 1930–1932 Reichskanzler.*

Heer⁵²² prägten meine jugendlichen Erfahrungen. Sie gingen, wenn sie in Deutschland waren, im Haus meiner Eltern ein und aus.

Meine Mutter war eine geborene Donders, ein im deutsch-holländischen Grenzbereich bekannter Name. Meinen zweiten Vornamen Adolf erhielt ich aus Familientradition. Kurz vor meiner Geburt war der damalige Domprediger in Münster, Adolf Donders,⁵²³ Onkel meiner Mutter, verstorben und die Familie wollte den Namen ehrend weiterleben lassen. Adolf Donders galt als wichtiger Berater des damaligen Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen,⁵²⁴ dessen Reden und Ansprachen mein Großonkel geschrieben oder zumindest mit konzipiert hat.

Mein Patenonkel war Theoderich Kampmann,⁵²⁵ Professor für Homiletik in München,⁵²⁶ der eine christliche Gemeinschaft gründete, „Die Hegge“, einen Konvent, eine „pia unio“,⁵²⁷ die sich der theologischen und weltanschaulichen Laienbildung nach dem geistigen und moralischen Zusammenbruch widmete. Er war Herausgeber der Memoiren von Heinrich Brüning. Auch hier schaute die Politik wieder fast täglich in das Familienleben.

Das Abitur legte ich am altsprachlichen Gymnasium Theodorianum in Paderborn ab. Dem humanistischen Bildungsideal blieb ich mein Leben lang verbunden, auch wenn ich nie verstanden habe, warum ich mich mit Sprachen herumschlagen musste, die ich nie brauchen würde. Moderne Sprachen wie Englisch, Französisch und Spanisch habe ich mir später mühsam aneignen müssen.

Nach zwei Semestern Slawistik, Geschichte und Germanistik wechselte ich zum „traditionellen Handwerk“, der Rechtswissenschaft. Jura studierte ich in Bochum, Kiel und Würzburg und schloss die Ausbildung nach der Referendarszeit in Bielefeld mit dem zweiten Staatsexamen

522 | Friedrich Heer (1916–1983), österreichischer Geschichtswissenschaftler und Publizist.

523 | Adolf Donders (1877–1944), deutscher römisch-katholischer Geistlicher und Theologe, 1911–1944 Domprediger in Münster.

524 | Clemens August Kardinal Graf von Galen (1878–1946), deutscher römisch-katholischer Geistlicher und Theologe und Politiker des Zentrums, 1933–1946 Bischof von Münster, 1946 Kardinal.

525 | Theoderich Kampmann (1899–1983), deutscher Theologe.

526 | *Lehre von der Predigt als Lehr-, Mahn- und Trostrede.*

527 | *Lateinisch für „fromme Vereinigung“.*

ab. Zeitgleich war ich wissenschaftliche Hilfskraft und später Assistent am Lehrstuhl für Staatsrecht und öffentliches Recht in Bielefeld bei Prof. Dr. Jochen Abraham Frowein.⁵²⁸ Im Rückblick muss ich ihn heute als meinen juristischen Lehrer bezeichnen. Er hat mich und mein juristisches Denken geprägt. Als ich an seinen Lehrstuhl kam, vertrat er die Bundesregierung vor dem BVerfG in Sachen „Ostverträge“. Er hat mich an die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) herangeführt und mir die epochale Bedeutung dieses Dokuments des Europarates nahegebracht. Ein weiteres zentrales Thema war die Auseinandersetzung des BVerfG mit der Europapolitik im „solange-Beschluss“, mit dem ich mich im Auftrag meines Chefs auseinanderzusetzen hatte und in dem auch schon das sich abzeichnende Spannungsverhältnis der drei zentralen europäischen Entscheidungsinstanzen angedeutet wird: nationale Verfassungsgerichte, EGMR und EuGH in Luxemburg.

Meine geschichtswissenschaftlichen Bemühungen hatte ich mit einer Publikation zum Thema der „Arbeiter- und Soldatenräte“ in meiner Heimatstadt Paderborn abgeschlossen. Brüche in der Geschichte haben mich immer besonderes interessiert und fasziniert: die amerikanische Revolution, das Frankreich des Jahres 1789, 1918/19 mit den Arbeiter- und Soldatenräten und der Gründung der Republik, aber auch die Fragen: Was geschah 1933 und 1945 und später 1989 in Deutschland und Europa?

Im Rückblick zeigt die zunächst sprunghaft erscheinende Ausbildung Konsequenz und Struktur. Sie half mir, meine späteren Aufgaben zu bewältigen.

Welche Erinnerungen haben Sie noch an die Kriegs- und Nachkriegszeit?

Meine Erinnerungen an die Jugend sind geprägt von Bildern „geordneter, aber noch nicht abgetragener Schutthaufen“. Ein wichtiger Spielplatz, auf dem ich mich immer heimlich aufhielt, den ich aber eigentlich nicht betreten durfte, war eine im Krieg zerstörte Barockkirche in Paderborn – die Jesuitenkirche. Es war ein „Abenteuerspielplatz“. Von den Entdeckungen dort durfte ich zu Hause nichts erzählen und dabei

528 | Jochen Abraham Frowein (geb. 1934), deutscher Rechtswissenschaftler, 1969–1981 Professor an der Universität Bielefeld und 1981–2002 an der Universität Heidelberg.

war es so spannend und aufregend. Diese Kirche wurde erst in den 1960er Jahren wiedererrichtet und zählt heute zu den architektonischen Juwelen der Stadt. Wir wohnten in der Theologisch-Philosophischen Akademie in Paderborn, einem Gebäudekomplex, in dem im Erdgeschoss die Hörsäle waren und darüber, in der ersten und zweiten Etage, hatten außer uns nur die Professoren der Fakultät ihre Wohnungen. Auch diese Wohnsituation war ein Resultat der Nachkriegszeit. Und ganz wichtig: Die höchst plastischen Erzählungen meiner älteren Geschwister prägten mein Bild von den jüngst vergangenen Jahren des Krieges.

Wer waren für Sie prägende Lehrer und gab es zu dieser Zeit für Sie historische oder politische Vorbilder?

In der Gymnasialzeit prägten zwei Lehrer ganz wesentlich mein Denken und meine Erfahrungen. Ihnen bin ich zu Dank verpflichtet. Da ist zunächst einmal mein Geschichtslehrer, Dr. Friedrich Gerhard Hohmann,⁵²⁹ zu nennen. Zum Teil unterrichtete er mich auch im Fach Deutsch. Er verstand es, nicht nur den Unterricht lebendig zu gestalten. Er stand in der Tradition der deutschen Geschichtserzähler. Vor allem wusste er die reiche lokale Geschichte mit der europäischen und der Weltgeschichte zu verbinden. Er war ein produktiver Wissenschaftler. Neben seinen zahlreichen Verpflichtungen als Lehrer hat er ein umfangreiches wissenschaftliches Werk geschaffen, das wichtige Aspekte der westfälischen Geschichte in die europäischen Entwicklungen einordnet.

Der zweite Lehrer, der mich prägte, war Dr. Wilhelm Hemmen.⁵³⁰ Dr. Hemmen besaß außergewöhnliche Lebenserfahrung. Er stellte uns Schülern seinen Werdegang so dar: Als junger Mann habe er als Soldat die Gräueltaten des Krieges kennengelernt. Daraufhin beschloss er, das Gegenteil dessen zu tun, wozu man ihn vorher verpflichtet hatte: Er wollte aufbauen, schaffen und kreativ sein – als Landwirt. Nach einiger Zeit habe er festgestellt, dass ihn das nicht befriedige. Daraufhin entschied er sich für den Journalismus. Sein Bemühen nach den Kriegserfahrungen Praktisches zu tun, sei aber auch im Journalismus nicht befriedigt worden. Er sei dort unterfordert gewesen. Schließlich entschied er sich, Philosophie, Latein und Griechisch zu studieren und sich mit den Ursprüngen unserer Kultur zu beschäftigen. Das Studium war für ihn

529 | Friedrich Gerhard Hohmann (geb. 1926), deutscher Philologe.

530 | Wilhelm Hemmen (1926–1995), deutscher Philologe.

aber offensichtlich kein Selbstzweck. Er bewahrte sich immer eine große Portion Neugier und setzte sich mit der Aktualität auseinander – mit dem Wissen und den Erfahrungen des Philosophen und Altertumswissenschaftlers, der das Leben kennengelernt hatte. Ich habe ihn immer bewundert. Ich zählte sicher nie zu seinen besten Schülern. Unvergessen aber ist, wie er die großen Linien der Geschichte aus der Antike heraus bis in die Gegenwart, bis zu Hans Magnus Enzensberger⁵³¹ und Peter Handke⁵³² zu zeichnen wusste. Dieses Denken in großen historischen europäischen Linien hat mich ganz sicher geprägt. In meiner Studienzeit war die entscheidende Persönlichkeit, die mich und mein Denken strukturierte, der schon oben erwähnte Prof. Frowein. Ihn hatte ich schon in meiner Zeit in Bochum als einen der großen und dynamischen Staats- und Völkerrechtler kennen und schätzen gelernt. Eine weitere Persönlichkeit, der ich begegnete, war Prof. Dr. Gerhard Müller,⁵³³ der damalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts. Da der Name Müller in Deutschland keine Seltenheit ist, ließ er sich von Freunden auch als der „dicke Müller“ titulieren. Er förderte und ermunterte mich, den Weg zu gehen, den ich selbst für richtig hielt. Er war ein kritischer, aber vor allem inspirierender Gesprächspartner. Zu den historischen und politischen Vorbildern gehörte primär Heinrich Brüning. Er galt damals als eine der großen „Unpersonen“ der Zeitgeschichte. Mich faszinierte aber sein Ringen um den richtigen Weg und das offensichtliche Bewusstsein, zu scheitern ohne sich und seine Werte aufzugeben. Karl Arnold und Hermann Josef Abs⁵³⁴ zählten zu den Namen, die mir als Vorbilder in Erinnerung geblieben sind. Die alles überragenden Persönlichkeiten aber waren Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. John F. Kennedy beflügelte die Phantasie meiner Jugendzeit. So schwer mir das Englische als Schulfach fiel, seine Inaugurationsrede vom 20. Januar 1961 kannte ich praktisch auswendig. Wir hatten sie auf einer kleinen Schallplatte geschenkt bekommen und ich habe sie wieder und wieder gehört.

Wann sind Sie der Partei beigetreten und was waren für Sie die ausschlaggebenden Motive?

531 | Hans Magnus Enzensberger (geb. 1929), deutscher Schriftsteller und Publizist.

532 | Peter Handke (geb. 1942), österreichischer Schriftsteller.

533 | Gerhard Maria Müller (1912–1997), deutscher Rechtswissenschaftler, 1963–1981 Präsident des Bundesarbeitsgerichts.

534 | Hermann Josef Abs (1901–1994), 1957–1967 Vorstandschef der Deutschen Bank.

Den Beitritt zur Union habe ich mir nicht leicht gemacht. Als echter „68er“, mein Abiturjahrgang, war ich zu tiefst irritiert und verunsichert. Einerseits konnte ich viel nachvollziehen von dem, was in den Universitäten und Medien diskutiert wurde. Andererseits aber waren meine Grunderfahrungen aus dem Elternhaus andere: Die klare weltanschauliche Ausrichtung diente der Verortung des eignen Standpunktes und war immer mit dem Postulat der Toleranz und Weltoffenheit verbunden. Man muss wissen, wo man herkommt und wo man steht, um den gegenüber stehenden Menschen zu verstehen und achten zu können. Das waren Grundregeln, die ich auf den Lebensweg mitbekommen hatte. Noch in Schülerzeiten war Carlo Schmid für mich eine Leitfigur, ein politisches Vorbild, dem ich hätte folgen können. 1972 habe ich den Wahlkampf von Willy Brandt und seine neue Ostpolitik unterstützt. Sicherlich war auch mein Ausflug in die Slawistik hier zu verankern. Rückblickend kann ich sagen, dass ich sicher zu den „Bürgerlichen“ gehörte, die die SPD in dieser Zeit konzentriert anzusprechen versuchte. Das Werben hatte aber keinen Erfolg, weil mich weder die handelnden Personen noch die Programmatik insgesamt wirklich ansprachen. Auf der Suche nach meinem politischen Standort habe ich dann auch bei den Liberalen eine Zeit lang geschnuppert. Erst Mitte der 1970er Jahre bin ich in die Union eingetreten. Sicher hatte Kurt Biedenkopf als Generalsekretär hier eine entscheidende Leitfunktion übernommen. Politisches Engagement war für mich unumgänglich. Ich wollte mitgestalten und nicht nur irgendwo in einem wohlbehüteten Elfenbeinturm leben.

Wann haben Sie zum ersten Mal „Europa“ bzw. den europäischen Integrationsgedanken wahrgenommen und welches Bild hatten Sie zu dieser Zeit von „Europa“ und dem, was es einmal werden sollte?

„Europa“ ist für mich von Beginn meines politischen Denkens an einer der zentralen und wichtigen Begriffe. Das begann in meiner Heimatstadt Paderborn. Mit der Partnerschaft der Bistümer und Kirchen von Le Mans und Paderborn gilt die traditionsreichste Partnerschaft in Europa als begründet. Zumindest kann diese Partnerschaft als die Partnerschaft bezeichnet werden, die seit der Translation der Gebeine des Heiligen Liborius von Le Mans (4./5. Jahrhundert) nach Paderborn im Jahre 836 ununterbrochen in irgendeiner Weise existierte. Diese Partnerschaft der Kirchen wurde über die Jahrhunderte gepflegt und 1967 als Grundlage für eine besondere deutsch-französische Städtepartnerschaft anerkannt. Schon in meiner Gymnasialzeit und im Abitur (Deutscharbeit) habe ich mich mit dem Thema der Integration beschäftigt.

Europa beflügelte die Phantasie. Es war sicher auch der Ausgleich zu den Wirren und Unsicherheiten, der noch nicht bewältigten Vergangenheit.

Als ich mich entschied, Rechtswissenschaften zu studieren, war es für mich selbstverständlich, dass das Europarecht im Zentrum meiner Studien und Interessen stand. So muss ich auch Claus-Dieter Ehlermann⁵³⁵ erwähnen, der von Prof. Frowein zu einer Reihe von Gastvorlesungen nach Bielefeld geholt worden war. Ehlermann war damals, wenn ich mich recht erinnere, Generaldirektor des juristischen Dienstes in der Kommission. Die Teilnahme an seinen Veranstaltungen war für mich selbstverständlich, fast möchte ich sagen, eine innere Pflicht. Von ihm konnte ich lernen. Mich bewegten immer die Grundlagen der Idee „Europa“. Im Januar 1979, also kurz vor der ersten Direktwahl zum EP, hielt ich zu meinem Lieblingsthema einen Vortrag mit dem Titel: „Europa – Die Idee und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte“. Damals habe ich auf den noch nicht ausgeglichenen Dreiklang „Rechtsstaat – Wirtschaft – Politik“ deutlich hingewiesen. Meine zusammenfassenden Formulierungen lauteten: „Mit dem Erstarren der Nationalstaaten wird die Europaidee für Hegemonialinteressen missbraucht, bis schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst Einheit im Geistigen und eine Einheit unter dem Primat des Rechts die Wirren und Verwirrungen des übersteigerten Nationalismus überwinden sollte. Als eines der wichtigsten Zeugnisse dieser Zeit tritt uns das Konventionssystem⁵³⁶ entgegen. Mit den Römischen Verträgen von 1957 sind die Wirtschaftsinteressen wieder in den Vordergrund gerückt, die bis heute die Szene beherrschen. Mit den Direktwahlen im Juni haben wir vielleicht eine Chance, der Europaidee einen neuen Impuls zu geben.“

Was waren für Sie die prägenden politischen Karrierestationen und die wichtigsten politischen Erlebnisse?

535 | Claus-Dieter Ehlermann (geb. 1931), deutscher Rechtswissenschaftler und Diplomat, 1961–1995 Mitarbeiter der EU-Kommission, 1990–1995 Generaldirektor für Wettbewerb.

536 | Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950. Mit dieser Konvention wurde ein in der Welt einzigartiges Rechtsschutzsystem geschaffen und im Laufe der Jahrzehnte immer weiter ausgebaut, bis hin zum Individualschutz in der heutigen Form mit der Schaffung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg. Diese Konvention war von ihren Schöpfern einmal als Nukleus für eine europäische Verfassung gedacht.

Nach der Schule war zweifellos meine Mitarbeit am Lehrstuhl für Staats- und Völkerrecht bei Prof. Frowein in Bielefeld richtungweisend. Ob es Zufall war oder nicht, dass ich genau in dem Moment dort war, als Prof. Frowein die Bundesregierung vor dem BVerfG in Sachen „Ostverträge“ vertrat, sollen die Zufallsforscher kommentieren. Für mich war es eine wichtige Erfahrung.

Im AA konnte ich meine ersten Erfahrungen 1981/82 im Nordamerika-Referat sammeln. In Kamerun, meiner ersten Auslandsstation, hatte ich unter anderem den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl mitzubereiten. Das war für mich die erste engere Begegnung mit Helmut Kohl und seinem Stab. Der Besuch lief exzellent und zur Zufriedenheit aller ab.

Nach zwei Auslandsverwendungen (Botschaft Kamerun und Generalkonsulat Atlanta) kam ich 1989 wieder in das Nordamerika-Referat, diesmal um den Koordinator für deutsch-amerikanische Beziehungen, Prof. Dr. Werner Weidenfeld, zu beraten. Verwaltungstechnisch war der Koordinator an dieser Arbeitseinheit des AA angedockt und hier erlebte ich den Einigungsprozess 1989. Weidenfeld stand Bundeskanzler Kohl nahe und hatte nicht zuletzt deshalb Schwierigkeiten mit der Leitung des Amtes und dem Referatsleiter, Dr. Gebhardt von Moltke.⁵³⁷ Die Zusammenarbeit klappte kaum, weder menschlich und schon gar nicht politisch. Ich habe die Personalentscheidung so verstanden, in angemessener Form zwischen verschiedenen politischen Interessen und Positionen auszugleichen, ohne Loyalitäten zu verletzen. Ich erinnere mich an eine Situation, in der ich von einem Mitarbeiter der Personalabteilung in einem Vieraugengespräch ermahnt wurde, darauf zu achten, dass ich „ein Beamter von Hans-Dietrich Genscher“ sei und nicht von Prof. Weidenfeld. Meine Antwort „Ich dachte immer, ich sei ein Beamter der Bundesrepublik Deutschland“ führte dazu, dass mich der betreffende höhergestellte Beamte anschließend bemerkenswert vorsichtig behandelte.

Weidenfeld gehörte zum engeren Kreis um Bundeskanzler Kohl, den er zu Beginn seiner Kanzlerschaft und während des Einigungsprozesses beriet. Weidenfeld konnte unmittelbar und aus eigener Anschauung

537 | Gebhardt von Moltke (geb. 1938), deutscher Diplomat, 1991–1997 Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten der NATO, 1997–1999 Botschafter in London.

vom Staatsbesuch Anfang November 1989 in Warschau berichten, der dann abgebrochen wurde. An die Tage Ende November 1989, als am Text für die Bundestagsrede, das „Zehn-Punkte-Programm“, gearbeitet wurde, kann ich mich genau erinnern. Dem AA gegenüber galt eine absolute Informationssperre. Nicht einmal dass man sich traf, und mit wem, durfte nach außen dringen. Ich hatte den Eindruck, dass man im Bundeskanzleramt befürchtete, Außenminister Genscher würde sich des Inhalts der Vorschläge bemächtigen und die Interpretationshoheit übernehmen.

Eine Maßnahme, an der ich konzeptionell und operativ mitwirkte, war der Besuch von amerikanischen Medienvertretern und Wissenschaftlern in Bonn, Leipzig und Berlin auf Einladung von Bundeskanzler Kohl im September 1991. Dieser Besuch brachte wichtige Impulse für das deutsch-amerikanische Verhältnis.

Bereits seit Ende der 1940er Jahre bemühten sich Vertreter des christlich-demokratischen Parteienspektrums in Europa um eine Intensivierung ihrer Kontakte und Zusammenarbeit. 1965 gingen die NEI in der EUCD auf.

Ja, das ist richtig. Ebenso wie in Deutschland fanden auch in anderen Ländern Europas in der Nachkriegszeit Politiker zusammen, die sich als „christliche Demokraten“ verstanden und die aus ihren Erfahrungen als Christen heraus Politik gestalten wollten. Es entstanden unabhängig voneinander und zum Teil spontan in vielen Ländern Europas Parteien, die sich als „christliche Demokraten“ verstanden. Solche christlich-demokratischen Parteien waren nicht nur im Nachkriegsdeutschland, sondern auch in Frankreich, in Belgien, in Italien und in anderen europäischen Ländern in den ersten Wahlen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus dem Stand heraus erfolgreich. In den ersten Nachkriegsjahren übernahmen in vielen Staaten Europas christlich-demokratische Parteien Regierungsverantwortung. Sie zeichneten den politischen Weg ihrer Länder für die nächsten Jahre vor. Die Idee des europäischen Zusammenschlusses, die Idee, dass das Staatengeflecht Europas aus gemeinsamen Wurzeln gewachsen ist, sich zersplittert hat und jetzt wieder zusammengeführt werden musste, ist von diesen christlich-demokratischen Parteien und Politikern engagiert vorangetrieben worden. Drei Namen sind dabei besonders hervorzuheben: Robert Schuman in Frankreich, Alcide De Gasperi in Italien und natürlich Konrad Adenauer in Deutschland.

Als bemerkenswerte Sonderheit hat mich immer fasziniert, dass CDU-Politiker bei der 1947 gegründeten Vereinigung christlich-demokratischer Parteien in Europa, den NEI, sehr früh eine wichtige Rolle spielten, also zu einem Zeitpunkt, als die CDU als Bundespartei noch gar nicht existierte.

Wie haben Sie die Gründung der EUCD erlebt? War das überhaupt ein Thema für Sie?

Hierzu kann ich nur aus den Akten referieren, nicht aber aus eigener Erfahrung. Als Leiter des BAB der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU in den Jahren 1993 bis 1998 erschien mir immer ein Punkt wichtig und ihn galt es zu verstehen: Die EUCD wollte nicht nur die christlich-demokratischen Parteien in Europa zusammenbringen. Sie wollte darüber hinaus die Anlaufstelle für alle Christdemokraten weltweit sein. Nach dieser Konzeption war die EUCD der geborene Gesprächspartner der ODCA und der damals noch existierenden Weltunion Christlicher Demokraten.

Wann ist Ihnen eigentlich zum ersten Mal die Materie der christdemokratischen Parteienkooperation bewusst geworden?

In der gesamten Breite und politischen Tragweite erst mit Übernahme der Leitung des BAB der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU im Jahre 1993.

Wer waren Ihres Wissens nach innerhalb der Partei die führenden Exponenten und wichtigsten Pioniere bei den Anfängen der europäischen Vernetzungen?

Bei der Beantwortung dieser Frage beziehe mich ausschließlich auf Deutschland und die deutsche Christdemokratie. Aus diesem politischen Kreis möchte ich besonders Kai-Uwe von Hassel hervorheben. Zunächst in seiner Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und später als Bundestagspräsident hat er Weichen für die Kooperation christdemokratischer Politiker im zusammenwachsenden Europa gestellt. Er förderte später – wohl in Absprache mit Bundeskanzler Kohl, der damals noch Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU war – die internationale Parteienkooperation und schaffte hierfür wichtige parlamentarische Voraussetzungen. Helmut Kohl seinerseits hat früh die Möglichkeiten der internationalen Parteienkooperation erkannt und sie für

seine Ziele der europäischen Integration zu nutzen gewusst. Dabei konnte er auf Fakten, die Kai-Uwe von Hassel geschaffen hatte, aufbauen. Meine Vorgänger im BAB sind in diesem Zusammenhang natürlich ebenfalls zu nennen. In den 1990er Jahren sind als Konstanten der christlich-demokratischen Parteienzusammenarbeit Bernhard Vogel und Ottfried Hennig hervorzuheben. Sie hatten für ihre jeweiligen Bereiche – Bernhard Vogel war für die EDU und Ottfried Hennig für die EVP zuständig – das Vertrauen des Parteivorsitzenden.

Welche Bedeutung hatte die europäische Integrationspolitik für die Partei?

Mit der europäischen Integrationspolitik sprach die CDU wichtige christdemokratische Wählerschichten an. Zugleich konnten aber auch Kreise angesprochen werden, die eine liberale Wirtschaftspolitik präferierten. Es wurden Träume und Perspektiven angesprochen. Deutschland und Europa – im Innersten einst vom Christentum geprägt – waren entkräftet. Jetzt galt es, Europas Geschichte neu zu entdecken, Europas Entwicklung neu zu erwecken und zeitgemäß zu gestalten. In den 1960er und 1970er Jahren ging es darum, das politisch geteilte, religiös und weltanschaulich zerrissene Europa wieder zu einen. Diesen Gedanken wachzuhalten, dazu diente das Postulat „europäische Integration“ und zwar über das Thema der durch das Grundgesetz vorgegebenen deutschen Wiedervereinigung hinaus. Das Bemühen um die Einigung Europas galt als Friedenswerk schlechthin.

Welchen Stellenwert nahm die Parteienkooperation im Rahmen der Arbeit der Gesamtpartei ein?

Fragen der Parteienkooperation waren und sind wohl heute immer noch eine Angelegenheit von Wenigen. Es waren oft, aber keineswegs ausschließlich, die Außenpolitiker, die sich um diese Fragen bemühten. Sie versuchten, die eigenen außenpolitischen Positionen über parteipolitische Kooperation zu festigen, oft aber auch nur abzustimmen oder die Überzeugungskraft einer Idee, eines Vorschlags, zu testen.

In der Öffentlichkeit und in der Gesamtpartei wurde die Parteienkooperation kaum wahrgenommen. Lediglich an Parteitagen zelebrierte man hin und wieder Internationalität. Selten gab es in diesem Rahmen inhaltliche Gespräche. Die internationalen Gäste hatten oft rein protokollarischen Status. Das eigentliche Ziel war es, die eigene Bedeutung

und die eigene Weltläufigkeit, aber auch die internationale Akzeptanz der eigenen Programmatik unter Beweis zu stellen. In früheren politischen Situationen mag das aber durchaus auch anders gewesen sein. Hier spielte natürlich eine Rolle, dass die Union in der Zeit, als ich das BAB leitete, ausschließlich in Regierungsverantwortung war.

Trifft es zu, dass eine Partei in Opposition grundsätzlich ein größeres Interesse an einer „Parteiaußenpolitik“ hat als eine Partei, die Regierungsverantwortung trägt?

Zumindest theoretisch kann man die Frage bejahen. So müsste es eigentlich sein. Das wäre logisch. Im Detail aber stimmt es dann doch nicht. Die Optionen der internationalen Parteienkooperation sind weit gefächert und können unter vielen Gesichtspunkten genutzt werden. Vor allem kann die internationale Parteienkooperation Regierungsarbeit hervorragend komplettieren. Man kann über andere Kanäle wirken und arbeiten, wenn die offiziellen Wege unsicher und unzuverlässig sind. Bundeskanzler Kohl schätzte das Prinzip des *divide et impera*. Ihm kam es darauf an, sein Wissen und seine Entscheidungsgrundlagen möglichst breit anzulegen. Ihm war es wichtig, die Entscheidungsparameter der anderen Parteiführer in Europa zu kennen. Er wollte immer im Detail über die jeweiligen parteipolitischen, innenpolitischen und wahlpolitischen Gegebenheit in den Partnerländern unterrichtet sein. Er suchte nach möglichst vielen Informationen aus verschiedenen Quellen, wog sie gegeneinander ab und verlangte auch divergierende Bewertungen. Eine seiner Quellen war die internationale Parteienkooperation, das BAB. Großen Wert dabei legte er auf die Unabhängigkeit des Leiters. Als die Abteilung Außenpolitik des Bundeskanzleramtes einmal den Vorlageweg ändern wollte, ging er sofort scharf dazwischen und stellte sicher, dass der Leiter des Büros direkten und unzensierten Zugang zu ihm hatte. Er wollte, dass diese Unabhängigkeit bei seinen internationalen Gesprächspartnern auch bekannt war. So wurde dieser Kommunikationsweg auch gelegentlich genutzt, wenn Gesprächspartner den Eindruck hatten, ihre Argumente und Interessen würden nicht richtig gewürdigt.

Wie haben Sie die EVP- (1976) und die EDU-Gründung (1978) erlebt?

Hierzu kann ich nur aus meiner Beschäftigung mit der Materie referieren, nicht aber aus eigener Erfahrung. Die EVP wurde 1976 gegründet. Es ist die Partei der Christdemokraten in der EU (zuvor der EG). Die

EVP war ursprünglich eine Föderation von Parteien aus den Ländern der EU. Ursprünglich war diese Kooperation im EUCD-Rahmen angesiedelt. Von Beginn an war die EVP auch offen für andere eigentlich nicht christlich-demokratische Parteien, allerdings nur, wenn sie eine verwandte Programmatik hatten und sich voll und ganz für die europäische Integration einsetzten. Hauptziele der Gründung der EVP waren die Abstimmung, Koordinierung und damit letztlich die Handlungsfähigkeit der christlich-demokratischen und konservativen Parteien Europas in den europäischen Institutionen, vor allem im EP. Die EDU ist ein zweiter Zusammenschluss christlich-demokratischer, konservativer und anderer Parteien der Mitte. Die EDU sollte in etwa ein Gegenstück zur SI sein. Die ÖVP hatte die Initiative ergriffen und die EDU als Arbeitsgemeinschaft initiiert. Mit ihr sollte ein Instrument geschaffen werden, um die Politik der oben beschriebenen Parteien koordinieren zu können und um eine Plattform für die Parteiführer zu schaffen, die sich so regelmäßig abstimmen können. Das Schloss Kleßheim bei Salzburg sollte dabei eine wichtige Rolle spielen.

Im Jahre 1976 wurde die EVP gegründet. Die EUCD bestand bis zu ihrer Auflösung bis zum Jahr 1998 parallel weiter. Wie haben Sie diese Doppelgleisigkeit erlebt?

Ab Anfang der 1990er Jahre – ich kann den Zeitpunkt ohne Aktenstudium nicht genau präzisieren – hatten sich wichtige Parteiführer, so auch der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl, darauf verständigt, die EUCD in der EVP aufgehen zu lassen. Doppelstrukturen machten und machen keinen Sinn. An vielen Stellen, z. B. Generalsekretär, wurde bereits Personalunion praktiziert. Aber es gab auch immer wieder Versuche, diesen Prozess zu verlangsamen, aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen. Meine Aufgabe sah ich darin, mit großem Einfühlungsvermögen auf einige Parteien einzuwirken und sie beim Prozess der Stärkung der EVP und auf dem Weg der Amalgamierung von EVP und EUCD mitzunehmen. Besonders schwer tat sich der niederländische CDA. Er wurde von kleineren Parteien in MOE unterstützt. Welche Rolle der EVP-Vorsitzende Wilfried Martens in diesem Prozess spielte, wurde mir nicht immer ganz deutlich. Einerseits hatte er sich Helmut Kohl gegenüber klar und eindeutig auf den Kurs der Integration der EUCD in die EVP festgelegt, in Sachentscheidungen unterstützte er aber andererseits immer wieder den CDA. Für ihn waren die nachbarschaftlichen Bindungen an den CDA wohl stärker als seine der deutschen CDU gegenüber eingegangene Verpflichtung. Richtig war ja, dass nach dem Zusammen-

bruch der kommunistischen und sozialistischen Regime in MOE die EUCD zunächst eine wichtige Rolle bei der weltanschaulichen Neuorientierung übernommen hatte. Aber Mitte der 1990er Jahre kamen wir in die Phase der Normalität. Ab da war die Frage berechtigt, ob wir wirklich mehrere Parteiorganisationen brauchen. Jede einzelne Organisation verlangte eine eigene Struktur. Das bindet Mittel. Substantiell andere Ziele als die prosperierende und sich weiter entwickelnde EVP verfolgte die EUCD in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aber nicht mehr.

Welche Themen wurden in der EUCD und der EDU diskutiert und welche politischen Ziele verfolgte sie?

Vielleicht stand die CDU der EUCD früher einmal programmatisch näher. Die EUCD sah im Laufe der 1990er Jahre immer mehr ihren Auftrag darin, einen Beitrag zum Aufbau von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen in MOE zu leisten. Hierbei stand das aus der Nachkriegszeit stammende Bild vom christlichen Abendland sicher im Hintergrund mit Pate.

Die EDU war demgegenüber im Kern britisch, österreichisch und bayerisch ausgerichtet, mit starkem skandinavischem Akzent und mehr und mehr auf MOE, bis nach Russland hinein ausgreifend. In der EDU waren mehrere klassische konservative Parteien vereint, neben den britischen auch die französischen unter Jacques Chirac. Politisch standen sich diese Gruppierungen nahe, weil sie die Integration der EU weniger vertiefen als erweitern wollten. Zu ihnen gehörte natürlich auch Václav Klaus.⁵³⁷ Er warf während der Parteiführerkonferenz im März 1996 in Paris die Frage nach der Sinnhaftigkeit der sozialen Marktwirtschaft und der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion auf. Alois Mock als Vorsitzender der EDU beschwichtigte und wich einer vertiefenden Diskussion aus, indem er Klaus daran erinnerte, dass es Prinzipien gäbe, die die Grundlagen der Zusammenarbeit der EDU-Mitgliedsparteien darstellten. Sie stünden nicht zur Disposition und könnten auch nicht zur Diskussion gestellt werden.

Welche Rolle spielte ihre Partei innerhalb der EUCD? War sie ein Primus inter Pares?

538 | Václav Klaus (geb. 1941), tschechischer Politiker der ODS, 1992–1997 Premierminister seines Landes, gilt als bekannter EU-Kritiker.

In der EUCD, wie in manchen anderen transnationalen christlich-demokratischen Parteienverbindungen übrigens auch, war die CDU immer eine der dominierenden Kräfte. Vor allem im Kreis der neuen Parteien, die in MOE entstanden und von christlichem Gedankengut geprägt waren, war die CDU der Hort der Konstanz und Stabilität. Sie war ein wichtiger Anker, an den man sich gern anlehnte und den man gern zum internationalen Freund wählte. Wichtige Entscheidungen mussten mit den Partnerparteien abgestimmt werden. Fast täglich erinnerte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, mich daran, dass wir nicht allein auf der Welt seien und die Gefühle und Meinungen unserer, vor allem kleineren, Partner berücksichtigen müssen. Auch wenn es ihm sachlich nicht gefiel, optierte er eher dafür, eine uns irritierende Personalie zu akzeptieren als unsere kleineren Nachbarn zu verstören.

Wie gestaltete sich die Kooperation zwischen EUCD und EVP bzw. EVP-Fraktion? Welche Rolle spielte die EUCD für die EVP-Fraktion?

Ab Mitte der 1990er Jahre war klar, dass die EVP das zentrale Element der europäischen Parteienzusammenarbeit wird. Die formelle Integrationsentscheidung, mit der die EUCD in die EVP überführt werden sollte, war für die Parteiführer-Konferenz im September 1996 in Ljubljana geplant. Faktisch wurde diese Entscheidung aber erst 1998 vollzogen. Die EVP sollte also schon 1996 das Mandat bekommen, ihre Arbeit weiter zu verstärken und auszubauen – auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Im Europarat sollten die EUCD-Parteien in die EVP-Fraktion aufgenommen werden und der EVP-Fraktionsvorsitzende dann konsequenterweise auch – bis zur endgültigen Integration – an allen EUCD-Sitzungen teilnehmen. Offen blieb, ob und inwieweit die Dienste der EDU dann noch benötigt würden.

Die EUCD – so wichtig und inspirierend sie bei ihrer Gründung auch war – hatte sich überlebt. Die institutionalisierte Zusammenarbeit schritt in Europa mit bemerkenswertem Tempo voran. Bei dieser Entwicklung hielt die EUCD nicht Schritt. In den 1990er Jahren wurde sie daher immer mehr als eine überflüssige Parteienverbindung angesehen. Von Bedeutung war sie vielleicht noch in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten. Seit 1994 hatten sich daher einige Partnerparteien – unter ihnen auch die CDU – abgesprochen, dass die Existenznotwendigkeit der EUCD nur noch für einige Jahre gegeben sei. Mit der Ausweitung der europäischen Integration auf die mittel- und osteuropäi-

schen Staaten Mitte der 1990er Jahre wurde das Ziel deutlicher, die Parteien dieser Staaten so schnell wie möglich an die EVP heranzuführen. Wäre diese Entwicklung anders verlaufen, hätte man sicher auch über die Existenznotwendigkeit der EUCD anders gedacht. Der Niederländer Wim van Velzen und Lojze Peterle⁵³⁹ aus Slowenien waren 1995/96 als Kandidaten für den Posten des EUCD-Präsidenten im Gespräch. Durch falsch interpretierbare Personalentscheidungen, durch Signale, die in eine falsche Richtung deuteten, sollten die schon erreichten Integrationsstufen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Bundeskanzler Kohl wollte keinerlei Aktivitäten der EUCD mehr. Wim van Velzen wollte die Aufgaben der EVP auf das EP beschränkt sehen. Nach seiner Vorstellung blieb es Aufgabe der EUCD, den Aufbau von Demokratie und demokratischen Parteien in MOE zu unterstützen und zu befördern. Der niederländische CDA spielte in Sachen EUCD oft eine zentrale Rolle.

Wer waren die führenden Repräsentanten der christlich-demokratischen und konservativen Parteienkooperation und was zeichnete sie aus?

In der Schlussphase der EUCD schälten sich Wim van Velzen und Lojze Peterle als die treibenden Kräfte heraus. Sie setzten sich für die Erhaltung der Organisation ein. László Surján (KDNP)⁵⁴⁰ stand der EUCD innerlich wohl sehr nahe, hatte aber schnell die Perspektive der EVP mit ihren größeren Möglichkeiten erkannt und machte sich deshalb als Vermittler einen Namen. In der CDU war Ottfried Hennig die politische Leitfigur, unterstützt und flankiert von Horst Langes,⁵⁴¹ dem ehemaligen Mitglied des EP. Dies spiegelt jedenfalls die nach außen sichtbare Fassade wider. Ob im Innenverhältnis möglicherweise Horst Langes der wichtigere Stratege war, sollte vielleicht an anderer Stelle einmal untersucht werden. Wilfried Martens, als EVP-Vorsitzender und somit „geborenes“ EUCD-Mitglied, war eine der weiteren dominierenden Persönlichkeiten in den EUCD-Sitzungen. Natürlich meldeten sich immer

539 | *Lojze Peterle (geb. 1948), slowenischer Politiker, Diplomat und Chef der Christlichen Partei, war der erste Ministerpräsident Sloweniens nach der Unabhängigkeit des Landes 1991/92.*

540 | *László Surján (geb. 1941), 1990–1995 Vorsitzender der KDNP, 1992–1998 stellvertretender Vorsitzender der EUCD, seit 2004 Mitglied des EP für den ungarischen Bürgerbund (Fidesz), seit 2012 Vizepräsident des EP.*

541 | *Horst Langes (geb. 1928), deutscher Politiker der CDU, 1979–1994 Mitglied des EP.*

wieder italienische „Urgesteine“ wie Angelo Bernassola⁵⁴² oder Paolo Barbi zu Wort. Das Gewicht ihrer Stimme aber war Mitte der 1990er Jahre nicht mehr für die Entscheidungen prägend. Dass der EVP-Generalsekretär Klaus Welle an dieser Stelle auch genannt werden muss, versteht sich von selbst.

In der EDU oszillierten Entscheidungsprozesse zwischen den Zentren CDU (Bernhard Vogel), ÖVP (Alois Mock und Andreas Khol), CSU (Wolfgang Bötsch,⁵⁴³ unterstützt von Dieter Schmidt⁵⁴⁴) und der französischen RPR (zunächst Jacques Chirac und später dann Alain Juppé). Die spanische PP unter José María Aznar wusste sich im Laufe der 1990er Jahre immer mehr in den Vordergrund zu spielen. Und auch der Schwede Carl Bildt (MOD), oft vertreten durch Göran Lenmarker,⁵⁴⁵ durfte nicht übergangen werden. Nicht zu vergessen: Kaci Kullmann-Five,⁵⁴⁶ die durch ihre Persönlichkeit schnell akzeptiert war und die Entscheidungsprozesse mitzugestalten versuchte. Die britischen Konservativen achteten darauf, über die Finanzen Kontrolle auszuüben. Lange Zeit war Tim Smith⁵⁴⁷ Schatzmeister der EDU, bis er von Martin Saunders⁵⁴⁸ abgelöst wurde. Die politischen Vorgaben kamen aber von Sir Geoffrey Pattie,⁵⁴⁹ der sich nicht gerade als glühender Anhänger des europäischen Integrationsprozesses einen Namen gemacht hatte.

Wie haben Sie Helmut Kohl im Rahmen der transnationalen Parteienkooperation persönlich erlebt?

542 | Angelo Bernassola (geb. 1929), italienischer Politiker der DC, 1957–1962 Vorsitzender der NEI-Jugend.

543 | Wolfgang Bötsch (geb. 1938), deutscher Politiker der CSU, 1993–1997 letzter Bundesminister für Post und Telekommunikation.

544 | Siehe auch das Interview in diesem Band: Dieter A. Schmidt „Die Auflösung der EDU hat die bi- und multilateralen Beziehungen zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa empfindlich beeinträchtigt“.

545 | Göran Lenmarker (geb. 1943), schwedischer Politiker der Moderaten Sammlungspartei, seit 1991 Mitglied des schwedischen Reichstags, im Rahmen der OSZE tätig.

546 | Kaci Kullmann-Five (geb. 1951), norwegische Politikerin der konservativen Høyre, 1989–1990 Handelsministerin, 1991–1994 Vorsitzende der Høyre.

547 | Timothy John Smith (geb. 1947), britischer Politiker der konservativen Partei, 1977–1979 und 1982–1997 Mitglied des Parlaments.

548 | Martin Saunders (unbekannt), britischer Politiker der konservativen Partei.

549 | Sir Geoffrey Pattie (geb. 1936), britischer Politiker der konservativen Partei, 1974–1997 Mitglied des Parlaments.

Helmut Kohl fühlte sich in der transnationalen Parteienkooperation zu Hause. Es war seine Welt. In den Treffen, die in diesem Rahmen organisiert wurden, war er meist vollkommen entspannt. Die persönlichen Fragen, die Fragen nach familiären und natürlich auch nach den innenpolitischen Verhältnissen und die kollegialen Fragen des leidenschaftlichen Wahlkämpfers, nach Themen und Akzenten, die zu setzen seien, aber auch die Fragen nach langfristigen politischen Zielen – all diese Fragen standen im Zentrum des Interesses bei Parteiführerkonferenzen. Es wurden Ratschläge gegeben, aber auch Warnungen ausgesprochen. In Einzelfällen nahm Helmut Kohl einzelne Parteivorsitzende zur Seite, um ihnen politische Zusammenhänge zu erläutern, die nach seiner Ansicht nicht richtig oder falsch gesehen wurden. Dies geschah aber selten in den Plenarsitzungen, sondern meist in Einzelgesprächen am Rande. Die Gespräche am Rande interessierten mehr als die offizielle Tagesordnung. Es ging darum, die politisch handelnden Personen näher kennen- und aus ihrem Denken und Fühlen heraus, verstehen zu lernen. Nicht strukturell, aber doch etwas anders verliefen die Treffen der EVP-Parteivorsitzenden und Regierungschefs vor den EU-Räten. Die Tagesordnung des jeweils bevorstehenden Rates stand im Mittelpunkt. Helmut Kohl war es wichtig, die innenpolitischen Rahmenbedingungen und Zwänge zu kennen, denen die anderen Partei- und Regierungschefs bei ihren Entscheidungen unterworfen waren.

Welche Beziehungen hatte er besonders zur ÖVP und ihren Exponenten?

Die ÖVP war für Helmut Kohl immer ein besonderer Partner. Er kannte sich aus und war an den lokalen Entwicklungen in den einzelnen österreichischen Bundesländern interessiert. Die für ihn herausragende Vertrauensperson war Alois Mock. Er hatte, wenn er es wünschte, immer Zugang und das Ohr des deutschen Bundeskanzlers. Mock missbrauchte weder seine Möglichkeiten noch überstrapazierte er sie. Er wusste genau, wann er im Interesse Österreichs die Dinge mit einem direkten Kontakt voranbringen konnte und musste. Während der Beitrittsverhandlungen Österreichs zur EU spielte diese persönliche Nähe des österreichischen Verhandlungsführers, damals österreichischer Außenminister, zum deutschen Bundeskanzler sicher eine wichtige Rolle. So konnten eine Reihe von zum Teil schwierigen Fragen, die letztendlich in der psychologischen Verfassung des Verhältnisses Österreichs zu Deutschland und in der komplexen Geschichte beider Staaten anzusie-

deln waren, vertrauensvoll und im direkten Gespräch zwischen Kohl und Mock frühzeitig angesprochen und gelöst werden.

Hans-Peter Schwarz bewertet den Helmut Kohl der 1990er Jahre in seiner jüngsten Kohl-Biographie als den „Architekten des neuen Europa“.⁵⁵⁰ Können Sie diese Beurteilung teilen und an eigenen Erfahrungen untermauern?

Der Formulierung kann ich nur zustimmen. Sie ist treffend, aber vielleicht nicht vollständig. Mir erscheint eine Formulierung wie „Architekt und Baumeister des neuen Europa“ noch präziser die Realität der 1990er Jahre wiederzugeben.

Welche Störfaktoren gab es im Hinblick auf den Aufbau und die Organisationsarbeit in der transnationalen Parteienkooperation?

Von Störfaktoren kann eigentlich nur dann gesprochen werden, wenn die Außenpolitik und die in der Parteienkooperation erarbeiteten politischen Zielvorgaben nicht übereinstimmten. Wenn also die zur Verfügung stehenden Strukturen nicht der Politik dienten. Genau an dieser Stelle wurden dann doch gelegentlich unterschiedliche Interessen von Regierungs- und Oppositionsparteien sichtbar. Irritationen gab es immer wieder im Hinblick auf die Lateinamerikapolitik. Vor allem zwischen CDU und CSU gab es unterschiedliche Auffassungen, wer unsere Partner in Lateinamerika sein sollten. Auch in Sachen Kuba wurde kontrovers diskutiert. Ebenso hatte die spanische PP ihre eigene Agenda im Hinblick auf Lateinamerika.

Wer waren die konflikträchstigsten, streitbarsten und somit sozusagen schwierigsten Persönlichkeiten auf nationaler wie auf europäischer Ebene?

Wim van Velzen konnte die geplante und lange angedachte Fusion von EUCD und EVP nur schwer verkraften. Václav Klaus stellte immer wieder die europäischen Integrationsziele in Frage. So wenig Helmut Kohl die politischen Positionen von Václav Klaus akzeptieren konnte, so sehr achtete er darauf, ihn in Organisationen wie der EDU nicht auszugrenzen.

550 | Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*. München 2012.

Unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten bewirkten immer wieder Krisen innerhalb der EUCD, später auch der EVP und der EDU. Wie haben Sie die Beziehungen zwischen EUCD, EVP und EDU erlebt?

Die EVP wurde als Familie betrachtet. Die EDU war dagegen immer eine Arbeitsgemeinschaft. Die EVP war der gewollte Platz des Austausches, die Institution, die dem europäischen Integrationsprozess diente. Die EDU war demgegenüber ein notwendiges Werkzeug, um die britischen Konservativen, aber auch andere politische Kräfte, die der Vertiefung der EU eher zurückhaltend gegenüberstanden, nicht ohne Betreuung zu lassen. Es musste permanent versucht werden, auch sie mit ins Boot zu holen. Es war der Versuch, die Skeptiker am Prozess teilhaben zu lassen, ohne die Fortschrittswilligen zu behindern.

Die EUCD gilt im historischen Rückblick als gescheitert. Ihre Organisationsstruktur wurde von maßgeblichen Kräften, Parteien und Persönlichkeiten als zu lose und zu ineffizient betrachtet. Hinzu kam die Unterscheidung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien, wobei die Letztgenannten in der EUCD ausgeschlossen blieben. Ist das Urteil, von einer gescheiterten EUCD auch mit Blick auf die Vorgängersituation NEI zu sprechen, gerechtfertigt?

Der Begriff des Scheiterns will mir nicht gefallen. Er spiegelt weder das wider, was tatsächlich passierte, noch das, was gewollt war. Der richtige Interpretationsansatz betrachtet die gesamte Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Frage lautet: Welche komplementären Parteienstrukturen brauchten wir in Europa zu welchem historischen Zeitpunkt? Vor allem in der Gründungsphase hatte die EUCD eine wichtige, fast überragende Bedeutung. Mit zunehmender Dichte der Institutionen und Vervielfachung der europäischen Handlungsebenen mussten sich auch die Instrumente der Parteienkooperation weiterentwickeln und anpassen. Das EP und sein Umfeld brauchten die notwendigen Korrelate zu den bisher allein national strukturierten und agierenden Parteien. Die Herausforderungen nach der historischen Wende von 1989/90 verlangten wiederum nach neuen und kreativen Antworten. Der Vertrag von Maastricht (Art. 138a) braucht Inhalt, Ausformung und Leben. All dies sind nur einzelne herausgegriffene Punkte. Meine Antwort auf Ihre Frage lautet daher klar und deutlich: Nein, die EUCD ist nicht gescheitert – es gab nur leider Kräfte, die die notwendig gewordene Fort- und Weiterentwicklung nicht mitmachen wollten, die das an einer Stelle der Geschichte

Erreichte konservieren wollten. Eine solche Politik wird der Dynamik des europäischen Integrationsprozesses nicht gerecht.

Wie erklären Sie den historischen Nachholprozess der Gründung von transnationalen Parteienkooperationen der Christdemokraten im Vergleich zur SI bzw. KI? Historisch bzw. faktisch lässt sich ja feststellen, dass es die SI bzw. KI zeitlich vor den christdemokratischen Parteienzusammenschlüssen gab.

Ich habe zunächst Zweifel, ob die KI hier im richtigen Kontext genannt wird. Die SI spielte eine wichtige Rolle bei der Reintegration der deutschen Sozialdemokratie in die Weltpolitik. Willy Brandt hat die SI früh genutzt, um seine Politik zu interpretieren und den Freunden und Partnern nahezubringen. Es galt vor allem in Europa, die neue deutsche Ostpolitik abzusichern. Dabei spielten die SI und die sozialistischen europäischen Parteienverbindungen sicherlich eine wichtige Rolle. Aber sehen wir uns die Dinge doch einmal genauer und differenzierter an: Der entscheidende Faktor für das Wiedererstarken der SI nach dem Zweiten Weltkrieg war die Frankfurter Konferenz von 1951. Erst dort wurden die Weichen für die Nachkriegsordnung der internationalen Zusammenarbeit der Sozialisten und Sozialdemokraten gestellt. Erst diese Entwicklung lässt sich mit dem vergleichen, was vorher schon von den NEI und anderen angedacht und angepackt worden war. Zweifelloso richtig ist, dass alle von den Vorkriegsmodellen der internationalen Zusammenarbeit gelernt haben. Richtig ist auch, dass die Internationalität mehr in sozialistischer Programmatik verankert ist als in konservativem und christlich-demokratischem Denken. Aber Plattformen für einen Gedankenaustausch, für die Politiker zu schaffen, die dem christlichen und dem abendländisch-aufklärerischen Denken verpflichtet sind, das war einfach eine Notwendigkeit der Zeit.

Welche Rolle spielte die SI in den 1990er Jahren aus Ihrer persönlichen Erinnerung?

Schon früh in den 1970er Jahren nutzte Willy Brandt die Möglichkeiten, die ihm die SI bot, für seine Außenpolitik. Über die SI interpretierte und warb er für seine Standpunkte. Später wuchs er in die Rolle der dominierenden Persönlichkeit der SI hinein und prägte die Organisation über fast drei Jahrzehnte maßgeblich. In seinen letzten Jahren, vor allem aber nach seinem Tod (1992), kann ich mich an keinen markanten politischen Impuls mehr aus der SI erinnern, in keinem Fall aus

Deutschland. Die Nachfolger Brandts als Parteivorsitzende der SPD hatten andere Sorgen als Außenpolitik. In persönlichen Gesprächen, die ich gelegentlich mit meinem sozialdemokratischen Kollegen, Hans-Eberhard Dingels, Abteilungsleiter für internationale Beziehungen im SPD-Vorstand, führte, konnte ich auch keine anderen Fakten feststellen. Dingels hatte seiner Zeit viele der internationalen Kontakte und Gespräche Brandts vorbereitet und begleitet.

Im Jahre 1989 erfolgte der Fall der Mauer. Der Weg zur deutschen Einheit wurde nicht nur mit positiv-guten Wünschen seitens der west-europäischen Partner versehen. Wie haben Sie den Fall der Mauer und den Weg zur deutschen Einheit erlebt?

Zunächst muss ich bekennen, dass ich nicht zu denen gehörte, die den Fall der Mauer und die deutsche Einheit vorausgesehen haben. Im Gegensatz dazu stand eine mit mir befreundete britische Diplomatin, die mich in den ersten Novembertagen 1989 fragte, ob ich nicht auch den Eindruck hätte, die deutsche Wiedervereinigung könne jetzt stattfinden. Sie habe irgendwie so ein „Gefühl“. Ich selbst habe den 9. November und die Folgetage in meiner Kölner Wohnung ausschließlich mit Medien umgeben verbracht. Die Fernsehprogramme reichten mir nicht. Zeitgleich habe ich die Radioprogramme gehört, um jede Minute auf dem aktuellen Stand zu sein. Außerdem stand ich im Telefonkontakt mit Freunden im amerikanischen Atlanta, die von CNN-Redakteuren gebeten wurden, sie stehenden Fußes nach Berlin zu begleiten. Zusätzlich eröffnete am 13. November das „High Museum of Art“ in Atlanta eine wirklich zeitgerechte Ausstellung mit dem Titel: „Art in Berlin“. Schon in einer frühen Phase hatte ich aus dem Generalkonsulat in Atlanta heraus diese Ausstellung konzeptionell begleitet. Der Leiter des Museums, Gudmund Vigtel,⁵⁵¹ hatte ursprünglich vor, entsprechend der Tradition des Museums eine Ausstellung zum Thema „Deutsche Kunst“ zu veranstalten. Das hätte in der Reihe der vorhergehenden Ausstellungen zum Thema Schweiz, Frankreich und anderen europäischen Ländern gestanden. Da ihm das zu unspezifisch war, haben ihm einige Freunde die Idee gegeben, sich auf Berlin zu konzentrieren. Das war ein Erfolg. Selten war eine Ausstellungseröffnung in den USA so von Medien belagert wie diese am Abend des 13. November 1989 in Atlanta.

551 | Gudmund Vigtel (1925–2012), amerikanischer Museumsdirektor.

Welche Folgen hatte das Jahr 1989 für die transnationale Parteienkooperation mit Blick auf das größer gewordene und vereinigte Europa?

Die historische Wegmarke, die mit dem Jahre 1989 verbunden wird, bezeichnet auch für die transnationale Parteienkooperation einen Neubeginn. MOE näherte sich demokratischen und rechtsstaatlichen Praktiken. Es galt, bemerkenswerte Initiativen aufzugreifen und zu verarbeiten. Es galt, die existierenden Bindungen und Verbindungen zu sichten und operativ zu nutzen. Es galt, die verschiedenen Interessen zu werten und in praktische Politik umzuwandeln. Es galt, auch zu wagen und nicht kleinlich eng zu denken. Nicht jeder, der unter diktatorischen Verhältnissen menschlich gewachsen war, wurde damit auch gleichzeitig schon freiheitlichem Denken und Handeln gerecht. Es war eine Zeit des Auf- und Umbruchs. Das galt gerade und besonders für die transnationale Parteienkooperation.

Welchen Stellenwert würden Sie im historischen Rückblick grundsätzlich der transnationalen christdemokratischen Parteienkooperation beimessen? Vernachlässigbare Größe oder wichtiger flankierender Faktor?

Die internationale und transnationale Parteienkooperation ist in einer sich weiter europäisierenden und globalisierenden Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie unabdingbar. Politische Entscheidungen lassen sich nicht mehr verengt allein auf ein national begrenztes Territorium treffen. Will ein Politiker sich seine Handlungsoptionen offenhalten, muss er Kenntnis von den Interessen und Planungen der Nachbarn haben, muss er die möglichen Auswirkungen auf die Nachbarn mitdenken und antizipieren. Die Parteienfamilien – ob es nun die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas sind, die EVP, die Europäischen Liberalen oder die jüngeren Grünen – sie alle sind für Europa notwendig. Hier werden Richtungen vorgedacht und gelegentlich auch Fehlentwicklungen (rechtzeitig) korrigiert. Die transnationale Parteienkooperation ist ein erster richtiger Schritt in Richtung auf eine sich entwickelnde europäische Staatlichkeit sui generis. Sowohl demokratietheoretisch wie auch operativ ist die Parteienkooperation notwendig. Auf sie zu verzichten, hieße auf einen Teil der Gestaltungsmöglichkeiten zu verzichten. In Europa denken und handeln die Parteien nach wie vor national. Wichtige Willensbildungsprozesse laufen gegenwärtig aber in den ebenfalls transnationalen Fraktionen des EP und in den Organen der europäischen Parteienfamilien. Sowohl

die Sachfragen wie auch die nationalen Interessen müssen europäisch justiert werden. Der Maastricht-Vertrag eröffnet weit in die Zukunft weisende Optionen. Sie zu nutzen und mit Leben zu füllen, das ist das Postulat der Gegenwart und daran werden auch unsere Kinder und Kindeskinde noch arbeiten müssen. Bedeutung und Gewicht der transnationalen Parteienkooperation hängt von den handelnden Politikern und Politikerinnen ab. Seit in Europa um die richtigen demokratischen Strukturen gerungen wird, hat sich das über die Jahre und Jahrzehnte nicht geändert.

Welche Perspektive hat transnationale Parteienkooperation im Zeichen von EU-Staats- und Regierungschefs heute noch?

Solange es keine europäischen politischen Parteien gibt, die unabhängig von nationalen Grenzen agieren und bei der politischen Willensbildung in Europa mitwirken, so lange bleibt die transnationale Parteienkooperation eines der zentralen und wichtigen Elemente im europäischen Integrationsprozess. Je mehr sich europäische Parteien bilden (sollten), desto mehr kann die Kooperation der Parteien im Familienverbund an Bedeutung verlieren. Das sind Prozesse, die gesellschaftspolitisch und im legislativen Rahmen zu betrachten sind. Sie sind unabhängig von exekutiven Willensbildungsprozessen und Entscheidungen.

Welche Bedeutung haben Parteien überhaupt noch in einer sich ändernden Demokratie im Zeichen eines Wandels der Medien- und Kommunikationsgesellschaft?

Die politischen Parteien bleiben die zentralen Einheiten politischer Willensbildung. Etwas Besseres ist noch nicht gefunden. Solange es hier keine Innovation gibt, werden die Parteien eine wichtige Rolle behalten. In unserer von Medien und Kommunikation geprägten Gesellschaft haben die Parteien ihre fest gefügte Rolle. Ob und inwieweit in einer überschaubaren Zukunft die digitale Revolution auch hier unser Leben, unsere Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse verändern wird, kann ich noch nicht absehen. Diese Frage muss unabhängig gestellt werden von der Frage der Weiterentwicklung neuer und zeitgerechter Dialogformen, der sich auch und gerade die Parteien täglich stellen müssen.

Wie sehen Sie die Zukunft der EU?

Die EU ist in einem permanenten Prozess der Entwicklung. Er wird weiter Fortschritte machen – auch wenn wir täglich Rückschritte zu sehen meinen. Es erscheint mir unvorstellbar, dass wir bei grundlegenden Fragen wieder zum alten Stand nationalstaatlichen Denkens zurückkehren. Die nachwachsende Generation kann sich ein Europa von National- und Kleinstaaten mit nur schwer überwindbaren Grenzen kaum vorstellen. Das ist gut so. Unsere Aufgabe ist es, darauf hinzuweisen, welche fatalen Konsequenzen es haben kann, wenn die EU ein Torso, ein unvollendetes Werk bliebe. Ein in Kleinstaaterei verfallendes Europa kann schon wirtschaftlich im globalen Wettbewerb nicht mehr bestehen. Unsere Väter haben Udenkbares gedacht und uns ein einmaliges Vermächtnis anvertraut: die europäische Kultur. Dieses Erbe müssen wir weiterentwickeln und in seiner ganzen Attraktivität an die nächsten Generationen weitergeben. Wenn wir dieser Verantwortung gerecht werden, hat Europa mit der EU eine große Zukunft.